

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

15.03.2018

Ausschussbetreuender Fachbereich

FB 5 Jugend und Soziales

Schriftführung

Gitta Stitz

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

**Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung
von Frau und Mann**

Sitzung am Donnerstag, 15.02.2018

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 17:56 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 30.11.2017 - öffentlicher Teil**
0020/2018
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 7 Informationen über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach**
0016/2018
- 8 Vereinbarung über den Betrieb und die Finanzierung der Internationalen Begegnungsstätte**
0008/2018
- 9 Familienfreundlicher Kreis**
0007/2018
- 10 Freizeit- und Bildungsangebote für Senior*innen aus dem Stadtteil Heidkamp**
0028/2018
- 11 Netzwerk Bergisch Gladbach: Förderprogramm des Landes NRW "Bildungs- und Teilhabeberatung (BuT) - Soziale Arbeit an Schulen" - Verschiebung von Stellenanteilen**
0026/2018
- 12 Anträge der Fraktionen**
- 12.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 05.12.2017 (eingegangen am 05.12.2017) zur Einrichtung einer Notschlafstelle für Obdachlose**
0012/2018
- 13 Anfragen der Ausschussmitglieder**

N Nicht öffentlicher Teil

- 1 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil**
- 2 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 3 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4 Anträge der Fraktionen**
- 5 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 17. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der neunten Wahlperiode, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sie stellt die aus dem Teilnahmeverzeichnis (*Anlage*) ersichtlichen Anwesenheiten sowie die Vertretungsverhältnisse fest.

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Ulrich Gürster, sachkundiger Bürger der CDU-Fraktion, führt ihn als neues Ausschussmitglied unter Verlesung des Verpflichtungstextes feierlich in sein Amt ein und verpflichtet ihn zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben. Die Vorsitzende freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 30.11.2017 - öffentlicher Teil 0020/2018

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Die Ausschussvorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Stein führt ergänzend zum Inhalt der Vorlage aus, das Land NRW habe alle Kommunen die ihre Aufnahmeverpflichtung mit unter 90 % erfüllt hätten, zur Aufnahme weiterer Flüchtlinge herangezogen. Bergisch Gladbach erfülle diese Verpflichtung derzeit mit 89 %. Bei den anstehenden Zuweisungen handele es sich in der Summe um 70 Personen, die in Tranchen zu 10 Personen je Woche nach Bergisch Gladbach kämen. Um welchen Personenkreis es sich handele, sei noch nicht bekannt, angesichts der vorhandenen Kapazitäten und der eingespielten Abläufe sei die Aufgabe aber ohne Schwierigkeiten zu bewältigen. Herr Stein kündigt an, die Verwaltung werde in der kommenden Sitzung über die ersten Erfahrungen berichten.

Herr Stein berichtet, der Rheinisch-Bergische Kreis habe heute in einem Pressegespräch den dort verfassten Sozialbericht vorgestellt, der sich mit der sozialen Situation im Kreis und damit auch der Stadt Bergisch Gladbach auseinandersetze und eine auf einzelne Sozialräume bezogene Analyse der sozialen Situation sowie sich daraus ableitende Handlungserfordernisse beinhalte. Herr Stein kündigt an, die Verwaltung werde den Bericht bald in die Fachausschüsse einbringen, um über mögliche Konsequenzen für Bergisch Gladbach zu diskutieren.

Abschließend weist Herr Stein auf eine von Herrn Tillmann auf den Plätzen ausgelegte Broschüre „10 Jahre soziale Netzwerke in Bergisch Gladbach“, die die interessante Netzwerkarbeit in Bergisch Gladbach aufzeige.

Die Vorsitzende dankt Herrn Tillmann.

6. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

Herr Basyigit berichtet, der Vorstand des Integrationsrates habe gemeinsam mit der Geschäftsführerin im Januar Frau Serap Güler, Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, besucht. Dem sei vorausgegangen, dass Frau Güler in der Debatte um die Integrationsräte oder Integrationsausschüsse in der Presse geäußert habe, dass manche Integrationsräte Kaffeekränzchen seien. Mitglieder des Integrationsrates seien angesichts der für den Integrationsrat geopfert Zeit und Arbeit betroffen über diese Äußerung gewesen. In dem von Frau Güler auf Nachfrage angebotenen Termin habe sie zugegeben, dass ihre Aussage „Kaffeekränzchen“ falsch gewesen sei und sie sich diesbezüglich auch bei anderen Kommunen entschuldige. Herr Basyigit drückt seine Freude über dieses ehrliche und höfliche Verhalten von Frau Güler aus. Inhaltlich habe Frau Güler darüber informiert, dass es entweder einen Integrationsrat oder einen Integrationsausschuss in den Kommunen geben werde. Die Entscheidung solle aber den Kommunen überlassen werden.

Herr Basyigit informiert, „Frauen helfen Frauen e.V.“ sei in der letzten Sitzung des Integrationsrates zu Gast gewesen und habe über dessen Arbeit und manche Problemstellungen berichtet. Mangels finanzieller Möglichkeiten werde der Integrationsrat als Multiplikator mit „Frauen helfen Frauen e.V.“ in Kontakt bleiben.

Die Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag.

7. Informationen über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach 0016/2018

Herr Stark stellt eine Reihe von Fragen zu den in der Vorlage aufgeführten Daten sowie Rückführung irakischer Männer nach Beendigung des Kriegs zwecks Wiederaufbaus.

Herr Stein schlägt vor, die sehr detaillierten Fragen als Anlage zum Protokoll zu beantworten (*Anlage 2 zur Niederschrift*).

Die Vorsitzende stimmt dem zu.

Herr Stark kündigt an, der Verwaltung die detaillierten Fragestellungen schriftlich zu übermitteln.

8. Vereinbarung über den Betrieb und die Finanzierung der Internationalen Begegnungsstätte 0008/2018

Herr Dr. Bernhauser begrüßt im Namen der CDU-Fraktion das Vorhaben, die Internationale Begegnungsstätte auch in Zukunft weiter mit zu finanzieren. Er erläutert, seit über 20 Jahren leiste die Internationale Begegnungsstätte des Caritasverbands eine vorbildliche Integrationsarbeit in Bergisch Gladbach. Sie finde auch deshalb so viel Zuspruch, weil sie in diesen 20 Jahren ihre Arbeit den Veränderungen im Rahmen des Zeitgeists angepasst habe. An dieser Stelle müsse man den beiden großen Kirchen danken für die mit ihren Hilfswerken in der Integrations- und Flüchtlingshilfe geleistete Arbeit, teilweise mitfinanziert aus eigenen Mitteln.

Herr Dr. Bernhauser bezieht sich auf Seite 17 der Einladung, wonach die Förderung der Internationalen Begegnungsstätte Teil des Integrationskonzeptes sei, das am 25.03.2010 vom Rat

beschlossen wurde. Im Laufe der letzten acht Jahre habe sich hinsichtlich der Zuwanderung viel verändert. Herr Dr. Bernhauser möchte wissen, wann die Verwaltung dem Sozialausschuss und dem Rat ein aktualisiertes Integrationskonzept vorlegt.

Herr Buhleier antwortet, das Integrationskonzept sei Ende 2016 ausgelaufen. Die Fortschreibung habe deshalb nicht erfolgen können, weil im Jahr 2017 die Stelle der Integrationsbeauftragten wegen der anderthalbjährigen Sperre zunächst nicht wieder besetzt worden sei. Inzwischen sei Frau Chahbari schon gut eingearbeitet und aktuell dabei, zunächst ein Konzept für die Fortschreibung des Integrationskonzeptes zu erstellen, in dem u.a. die inhaltlichen Schwerpunkte sowie Abläufe der Beteiligung usw. erfasst seien. Dieses Konzept solle in die nächsten Sitzungen des Integrationsrates und des ASWDG eingebracht werden. Die Verwaltung hoffe, dass das Integrationskonzept der Stadt Bergisch Gladbach in der letzten Sitzung des Rates 2018 oder in der ersten Sitzung 2019 verabschiedet werden könne.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden antwortet Herr Buhleier, die Verwaltung arbeite zurzeit mit dem alten Konzept, weil bisher Maßnahmen darüber gefördert wurden und auch weiterhin gefördert würden, beispielsweise die Frauengruppe bei der KiWo und der ExAzubiTreff.

Frau Holz-Schöttler unterstützt Herrn Dr. Bernhausers Vortrag zur Arbeit der Internationalen Begegnungsstätte. Dort werde viel geleistet. Besonders sei Frau Hänsch zu loben, die seit Jahren eine sehr engagierte Arbeit leiste.

Herr Stark schlägt vor, freie Räumlichkeiten für private Feiern gegen eine „soziale Gebühr“ zur Verfügung zu stellen, um zusätzliche Mittel zu erlangen. Es gebe Seniorenbegegnungsstätten, die das auch so handhabten.

Frau Schlich erläutert, die entsprechenden Räumlichkeiten gehörten der Caritas, weshalb die Stadt keinen Obolus erheben könne.

Herr Dr. Bernhauser führt aus, nach seinem Kenntnisstand stünden die Räumlichkeiten auch ehrenamtlichen Gruppen oder Gruppen von ausländischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen kostenlos für Begegnungsabende zur Verfügung. Herr Dr. Bernhauser freut sich, dass der Verband sich für sinnvolle Initiativen und Projekte öffne.

Die Vorsitzende bittet Herrn Dr. Bernhauser unter Zustimmung der Ausschussmitglieder, ein Dankeschön an den Caritasverband zu übermitteln.

9. Familienfreundlicher Kreis *0007/2018*

Die Vorsitzende weist auf das zur Erläuterung auf den Plätzen ausliegende Schreiben des Landrates vom 19.12.2017 hin.

Frau Scheerer regt wegen der bisher nur wenig konkret vorliegenden Informationen an, die Verwaltung solle in angemessener Zeit einen Sachstandsbericht vorlegen.

Herr Stein hält es für sinnvoll, eine/n Ansprechpartner*in des Rheinisch-Bergischen Kreises in eine der nächsten Sitzungen einzuladen.

Die Vorsitzende begrüßt diese Anregungen und schlägt die Sitzung des ASWDG am 20.09.2018 vor.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Die Ausschussmitglieder fassen einstimmig folgende **Beschlussempfehlung** für den Jugendhilfeausschuss und den Rat:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach ist mit der Umsetzung des Strategieansatzes „Bündnis für Familien“ und „Familienfreundlicher Kreis“ beim Rheinisch-Bergischen Kreis einverstanden.

Gleichzeitig unterstützt der Rat die zwischen den Kommunen abgestimmten Instrumentarien und Zielsetzungen.

10. Freizeit- und Bildungsangebote für Senior*innen aus dem Stadtteil Heidkamp
0028/2018

Frau Holz-Schöttler weist darauf hin, dass der der Vorlage zugrunde liegende Prüfauftrag von der SPD-Fraktion gestellt worden sei. Sie bedankt sich bei der Verwaltung für die Stellungnahme, auch für die detaillierte Auflistung zur Höhe der Bevölkerungsanteile in den einzelnen Stadtteilen. Aus der Vorlage gehe hervor, dass kein zusätzliches Angebot für Senior*innen in Heidkamp nötig sei.

Herr Dresbach weist darauf hin, Heidkamp verfüge als einer der größten Stadtteile über zu wenige Angebote. Beispielsweise sei es für kleinere, nicht kirchlich gebundene Vereine fast unmöglich, Räumlichkeiten für ihre Treffen zu finden. Die Räume der Kirchengemeinden seien zudem fast immer besetzt. Herr Dresbach sieht im Vergleich zu anderen Stadtteilen eine Unterversorgung in Heidkamp.

Herr Stein führt aus, aus der Perspektive einzelner Stadtteile könne es natürlich noch intensivere Angebote geben, in seiner Doppelfunktion als Sozial- und Finanzdezernent könne er leider den Hinweis nicht ersparen, dass es hier um freiwillige Ausgaben gehe. Die Erhöhung der Angebote in einem Stadtteil erfordere die Reduzierung vergleichbarer Angebote in anderen Stadtteilen oder in anderen freiwilligen Handlungsfeldern wie Kultur und Sport. Die Handlungsmöglichkeiten gestalteten sich erst nach Überwindung des Haushaltssicherungskonzeptes wieder besser.

Herr Dresbach bittet darum, wenigstens an Organisationen und Investoren wie die Kreissparkasse oder die RBS heranzutreten, die jetzt eine große Siedlung entwickle, eine Begegnungsstätte anzubieten, ähnlich wie die durch das DRK betreute und leider nicht mehr existente Einrichtung. Auch die Kreissparkasse baue 60 Häuser, die wiederum eine Begegnungsstätte erforderten.

Herr Stein kündigt in Abstimmung mit der Vorsitzenden an, diese Bitte an die entsprechenden Gremien heranzutragen.

Herr Pick äußert sein Verständnis für Herrn Dresbachs Anliegen, allerdings sehe er auch in anderen Stadtteilen wie Paffrath und Hand eine Unterversorgung bei diesen Angeboten.

Herr Dr. Bernhauser macht darauf aufmerksam, dass Heidkamp seit einiger Zeit eine funktionierende Interessengemeinschaft habe, in der beispielsweise auch die RBS und andere Akteure Mitglieder seien. Möglicherweise könne dort für Herrn Dresbachs Anliegen eine Lösung gefunden werden.

Frau Mertes merkt an, sie unterstütze den Vortrag von Herrn Dresbach. Aus ihrer Erfahrung im Rahmen des monatlich stattfindenden Seniorenstammtischs in Bergisch Gladbach kenne sie dieses Problem der Heidkamper Bürger*innen. Sie halte Herrn Dresbachs Bitte für ein legitimes Ansinnen der Bürger*innen aus Heidkamp. Für Jung und für Alt gebe es einfach zu wenige Begegnungsstätten.

11. Netzwerk Bergisch Gladbach: Förderprogramm des Landes NRW "Bildungs- und Teilhabeberatung (BuT) - Soziale Arbeit an Schulen" - Verschiebung von Stellenanteilen
0026/2018

Herr Dr. Bernhauser führt ergänzend zur Vorlage und mit Blick auf die Diskussion unter TOP 10 aus, die Caritas wolle die freie 0,25 Planstelle an die Krea geben, die diese für ihre Netzwerkarbeit im Stadtteil Heidkamp einsetzen wolle.

12. Anträge der Fraktionen

12.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 05.12.2017 (eingegangen am 05.12.2017) zur Einrichtung einer Notschlafstelle für Obdachlose
0012/2018

Herr Dr. Bernhauser merkt an, die Problematik sei allen deutlich, dennoch sei die CDU-Fraktion gegen eine Änderung der Benutzungsordnung der Obdachlosenunterkünfte und Notschlafstellen der Stadt Bergisch Gladbach. Herr Dr. Bernhauser schließt sich der Darstellung der Verwaltung an, wonach die Unterbringung von Personen und möglicherweise einem oder mehreren Hunde in einem engen Raum problematisch werden könne. Es gebe Obdachlose mit Hundephobien, man könne das Problem nicht generell lösen, indem grundsätzlich Hunde mit in die Unterkunft gebracht werden könnten. Die CDU-Fraktion sei aber darüber informiert worden, dass es in der Stadt Köln z.B. für den Notfall eine Vereinbarung zwischen der Stadt und dem Tierheim Zollstock gebe, in dem Tiere über Nacht abgegeben werden könnten, wenn der Tierbesitzer die Notschlafstelle nutze. Vielleicht sei das eine Lösungsmodell, über die in Bergisch Gladbach nachgedacht werden könne, ohne die Benutzungsordnung ändern zu wollen.

Herr Hoffstadt weist auf die Problematik hin, dass die betroffenen Menschen sich eben nicht von ihren Hunden trennen wollten. Er fragt, ob der Verwaltung Beispiele aus anderen Städten bekannt seien, in denen Tiere in den Unterkünften erlaubt seien.

Herr Stein antwortet, der Stadt sei kein Referenzbeispiel bekannt. Eine Kooperation mit einem Tierheim sei grundsätzlich kein Problem, aber tatsächlich entspreche das eben nicht den Vorstellungen der betroffenen Menschen. Herr Stein bezieht sich auf den Inhalt der Vorlage, wonach die Verwaltung in humanitär besonders gelagerten Einzelfällen auch besonders gelagerte Einzellösungen finde. Aus den in der Vorlage beschriebenen Gründen sei die Verwaltung nicht der Meinung, dass aus humanitären Einzelfalllösungen eine generelle Vorgehensweise gemacht werden solle.

Herr Stark merkt an, das Problem fokussiere sich auf die Menschen, die mit Hunden in die Unterkünfte wollten und möglicherweise Schaden nähmen, wenn sie draußen übernachteten, weil sie ihren Hund nicht alleine lassen wollten.

Herr Klein betont, entgegen einiger hier vorgetragener Argumente habe auch der Gesetzgeber schon lange festgestellt, dass beispielsweise in ganz normalen Mietwohnungen, selbst bei Vertragsklauseln, die eine Tierhaltung verböten, Mieter*innen ihre Haustiere halten könnten, weil das zum Menschsein dazugehöre. Dies gelte umso mehr für Obdachlose, die sich nicht von ihren treuen Tieren trennten. Man könne den Betroffenen nicht vorschreiben, wie sie ihr Leben gestalteten und wer ihr Lebenspartner sein dürfe. Die Tiere vorübergehend in irgendwelche Zwinger unterzubringen, sei völlig abwegig.

Herr Klein bezieht sich auf ein Gespräch mit Herrn Stein, in dem dieser darauf hingewiesen worden sei, dass kein Grund gesehen werden könne, warum Obdachlosen mit ihren Tieren eine geeignete Unterkunft verweigert werden solle. Angesichts des Zustandes mancher Unterkünfte brauche die Verwaltung auch keine Angst um die Bausubstanz zu haben. Da sich Bergisch Gladbach auch in anderen Fällen als fortschrittlich sehe, könne doch auch dieses Problem angefasst werden, zumal es mittlerweile sehr viele freie Unterbringungsmöglichkeiten in Bergisch

Gladbach gebe. Die Fraktion DIE LINKE.mit BÜRGERPARTEI GL werde dazu noch eine genauere Anfrage stellen. Herr Klein stellt abschließend fest, er könne keinen Grund erkennen, den gestellten Antrag abzulehnen.

Herr Stein bestätigt das von Herrn Klein erwähnte Gespräch, in dem er darum gebeten habe, der Verwaltung die Problemfälle, in denen eine Unterbringung am Hundehalten oder an der symbiotischen Verbindung zwischen Hund und Halter scheitere, mitzuteilen. Daraufhin sei ein einziger Fall mitgeteilt worden, um den sich Herr Schumann gekümmert und das Problem gelöst habe. Ein weiterer Fall sei nicht bekannt. Herr Stein führt aus, deshalb vertrete er nach wie vor die Auffassung, humanitäre Einzelprobleme individuell anzugehen und zu lösen. Die Verwaltung werde ohnehin den Gremien vor der Sommerpause eine sehr umfangreiche Vorlage als Ergebnis des Arbeitsauftrages „Prävention und Repression“ aus der letzten Ratssitzung vorlegen. In dieser Vorlage werde auch das Thema Wohnungslosigkeit mit Erhebung der aktuellen Situation und der daraus erwachsenden Handlungsmaßnahmen dargestellt. In der Vorlage werde die gesamte Struktur der Arbeit in diesem Bereich Thema sein. Herr Stein bietet an, Mitarbeiter*innen zu bitten, eine Statistik darüber zu führen, wieviele Bedarfsfälle es im wirklichen Leben gebe. In diesem Zusammenhang wolle er ausdrücklich erwähnen, dass es nicht in jeder Stadt üblich sei, dass Kolleg*innen offensiv durch die Stadt gingen und nach Menschen Ausschau hielten, derentwegen sie sich wegen möglicher Obdachlosigkeit Sorgen machten. Diese aufsuchende niedrigschwellige Arbeit in Bergisch Gladbach finde er hervorragend. Anhand der vorzulegenden Vorlage könne darüber diskutiert werden, ob es sich in Bergisch Gladbach um ein singuläres Problem handle, bei dem es richtig und ausreichend sei es singulär zu lösen, oder ob es wirklich ein Gruppenphänomen sei, das man singulär nicht mehr in den Griff bekomme. Herr Stein macht auch auf die Magnetwirkung auf andere Kommunen aufmerksam, wenn in Bergisch Gladbach eine solche Notschlafstelle dauerhaft eingerichtet würde. Aufgabe der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach sei es, den hier lebenden Menschen in humanitär richtiger und ausreichender Weise zu helfen.

Herr Klein erläutert, die der Verwaltung bekannte Person sei die einzige gewesen, die zu einer Auseinandersetzung bereit gewesen sei. Von den anderen Obdachlosen wisse er, dass sie quasi gar nicht von sich aus auf die Stadt zügten, um eine Unterkunft zu suchen, weil sie wüssten, dass es eine solche in Bergisch Gladbach für Menschen mit ihren Tieren gar nicht gebe. Für sie bestehe nur die Möglichkeit, ein festes Mietangebot zu bekommen, im Rahmen dessen die Hundehaltung erlaubt sei.

Herr Klein nimmt Bezug auf den von Herrn Stein dargestellten Magnetismus der Stadt Bergisch Gladbach im Falle der Einrichtung einer Notschlafstelle für Menschen mit ihren Tieren und berichtet von seiner intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema in den letzten 12 Monaten. In Gesprächen mit Verantwortlichen der Stadt Köln habe er erfahren, dass dorthin Menschen aus dem Rheinischen-Bergischen Kreis und aus Bergisch Gladbach kämen, um in Köln niedrigschwellige Angebote wahrzunehmen, weil sie wüssten, dass es diese in Bergisch Gladbach gar nicht gebe oder aber die Hürden hier viel zu groß seien. Insofern habe die Stadt Bergisch Gladbach bereits einen Sparsamkeitseffekt gehabt.

Herr Stein berichtet aus seiner langjährigen Erfahrung als Sozialdezernent in der unmittelbaren Nachbarkommune Leverkusen, dass die Stadt Köln in allen Handlungsfeldern, die im weitesten Sinne mit sozialen Problemen zu tun hätten, eine ungeheure Sogwirkung habe. Dies habe aber nichts mit den Angeboten und den Strukturen dort zu tun, sondern allein mit der Anonymität der Großstadt, die diese Menschen suchten.

Herr Stein appelliert an Herrn Klein, wenn es Menschen gebe, von denen er wisse, dass die in Bergisch Gladbach draußen schlafen müssten, weil sie ein Haustier hätten, diese zu benennen, damit die Verwaltung sich um diese Personen kümmern könne.

Die Vorsitzende schlägt Herrn Klein vor, die von Herrn Stein angekündigte Vorlage, in die die Thematik eingearbeitet werden könne, abzuwarten und fragt, ob der Antrag aufrechterhalten werden solle. Herr Klein möchte den Antrag aufrechterhalten.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag der Fraktion DIE LINKE.mit BÜRGERPARTEI GL vom 05.12.2017 abstimmen.

Der Antrag wird einstimmig, bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, **abgelehnt**.

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.55 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Nicht öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil

Die Genehmigung der Niederschrift entfällt.

2. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es werden keine Mitteilungen gemacht.

4. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

5. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende bedankt sich für die gute Zusammenarbeit, wünscht allen einen schönen Abend und schließt die Sitzung um 17.56 Uhr.

gez.:
Petra Holtzmann
Ausschussvorsitzende

gez.:
Gitta Stitz
Schriftführerin